

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/JHA/10.
Jugendhilfeausschuss



Protokoll

**10. Sitzung des JHA mit öffentlichem Teil
am Donnerstag, 22.06.2017 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Martin Esterl

Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Matjanovski, Marina
Pfluger, Renate
Vodermaier, Manfred

Vertreter von Frau Franziska Hilger

SPD-Fraktion

Esterl, Martin

Vorsitzender von TOP 1 ö bis Anfang TOP 5 ö

GRÜNE-Fraktion

Peters, Uwe Dipl.-Pol.

Freie Wähler-Fraktion

Seidelmann, Wilfried Dr.

Beschließende Mitglieder:

Bittner, Ulrike
Freise, Angela
Weigl, Mathias
Weinzierl, Ernst

Beratende Mitglieder:

Bredel-Michael, Angela
Hintereder, Helmut
Maharib, Isis
Salberg, Christian
Schmidt-Behounek, Thomas

Vertreterin von Frau Regina Brückner

Vertreterin von Frau Birgit Aigner

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Hilger, Franziska

vertreten durch Herrn Manfred Vodermair

Beschließende Mitglieder:

Eckl, Christophora Schwester

entschuldigt

Nerreter, Michael

entschuldigt

Rohrbach, Winfrid

entschuldigt

Sanne, Matthias

entschuldigt

Beratende Mitglieder:

Aigner, Birgit

vertreten durch Frau Isis Maharib

Braun, Eva-Maria

entschuldigt

Brückner, Regina

Vertreten durch Frau Angela Bredel-Michael

Hitzke, Daniel

entschuldigt

Kaltbeitzer, Dieter

entschuldigt

Riedl, Josef Dekan

entschuldigt

Sauter, Angela

entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender ab TOP 5ö

Martin Esterl
Vorsitzender von TOP 1ö bis TOP 5ö

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 2.1 Vorstellung der Sozialplanerin Frau Frenzel und Jugendhilfeplanerin Frau Dr. Wilken
- TOP 3 Haushalt 2017; Zwischenbericht 2017 aus den Fachbereichen des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 2017/2822
- TOP 4 Kinderschutzkonzeption der KoKi
Vorlage: 2017/2899
- TOP 5 Antrag auf Förderung der Partnerschaft für Demokratie GRASS21
Vorlage: 2017/2897
- TOP 6 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 7 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 8 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 9 Anfrage von KR Uwe Peters zu den Bauleitlinien der Kindertagesstätten

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

KR Martin Esterl begrüßt die Anwesenden und entschuldigt den Landrat, der sich aus dienstlichen Gründen ein wenig verspäten werde. Als Vorsitzender stellt er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Gegen die Niederschrift der 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.04.2017 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 2.1	Vorstellung der Sozialplanerin Frau Frenzel und Jugendhilfeplanerin Frau Dr. Wilken
---------	---

Die neuen Mitarbeiterinnen der Abteilung 6 Frau Dr. Wilken, Jugendhilfeplanerin und Frau Adeline Frenzel, Sozialplanerin, als Nachfolgerinnen von Herrn Redemann, stellen sich und ihren Wirkungskreis kurz dem Gremium vor.

TOP 3	Haushalt 2017; Zwischenbericht 2017 aus den Fachbereichen des Jugendhilfeausschusses
-------	--

2017/2822

1/14/JHA/Zwischenb_2017

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleiterin 1; Zentrales und Bildung

Christian Salberg, Abteilungsleiter 6, Jugend, Familie und Demografie

Florian Robida; stellvertretender Abteilungsleiter 6

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Keller, die anhand einer Präsentation (Anlage zum Protokoll) den Sachverhalt erläutert.

Auf die Nachfrage von Frau Bittner erklärt Herr Salberg, dass der Zeitpunkt, wann die Gesetzesänderung zur Neugestaltung der Eingliederungsleistungen komme, noch nicht bekannt sei und wenn, dann würde bis zu ¼ mehr an Personal benötigt werden.

KRin Martina Matjanowski erkundigt sich nach der Ursache der Budgetunterschreitung bei den Tageseinrichtungen. Herr Robida antwortet, dass die Steuerung der Jugendhilfe schwierig sei. Zum einen komme es darauf an, was Familien beantragen und in welchen Einkommensgruppen sie angesiedelt seien. Zum anderen fange die Antragsstellung für das nächste Kindergartenjahr erst in den Monaten Juli und August an.

TOP 5 Antrag auf Förderung der Partnerschaft für Demokratie GRASS21

2017/2897

Vorberatung

14. Jugendhilfeausschuss am 16.02.2006, Top 2ö
 15. Jugendhilfeausschuss am 16.02.2006, Top 4ö
 01. Jugendhilfeausschuss am 26.06.2014, Top 9ö
 09. Jugendhilfeausschuss am 06.04.2017, Top 6ö

An der Beratung nahmen teil:

Christian Salberg, Abteilungsleiter 6, Jugend, Familie und Demografie
 Florian Robida; stellvertretender Abteilungsleiter 6
 Brigitte Keller, Abteilungsleiterin 1; Zentrales und Bildung
 Felix Aschauer; Verein Horizonte e.V.

Der Vorsitzende Martin Esterl übergibt das Wort an Herrn Salberg, der den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vorträgt.

Während des Sachvortrages übernimmt der Landrat um 16:50 Uhr den Vorsitz.

Herr Salberg fügt ergänzend hinzu, dass selbst wenn das Kreisjugendamt Ebersberg den Grundsatz der Demokratieförderung unterstütze und viele der durchgeführten Projekte des Aktionsbündnisses begrüße, nicht darüber hinwegtäuschen könne, dass

1. der ursprüngliche Förderzweck nicht mehr bestehe,
2. die in den Jahren 2015 und 2016 genehmigten Fördermittel des Landkreises in Höhe von 26.000 € nur zu 60 % (in Höhe von 15.611 €) abgerufen worden seien,
3. die selbst gesteckte Zielsetzung, die Förderung auf den gesamten Landkreis auszuweiten, nicht gelungen sei und dies trotz der umfangreichen finanziellen Förderung durch den Landkreis und des Bundes mit

2011: 65.000 €

2012: 90.000 €

2013: 100.000 €

2014: 90.000 €

2015: 31.000 € (20.000 € Bund und 11.000 € Landkreis)

2016: 39.000 € (24.000 € Bund und 15.000 € Landkreis)

2017: 44.000 € (davon 20.000 € zusätzlich)

Insgesamt 459.000 €,

4. die beantragten Fördergelder nach der Pressemitteilung GRASS21 vom 26.01.2017 ausschließlich der Stadt Grafing und der VG Aßling zugutekommen würden.

Die Zuständigkeit des SFB-Ausschusses ergebe sich aus der Zielsetzung und den Projekten von GRASS21, die den Demografie Bereich betreffen und keine Jugendhilfeleistungen darstellen. Die Fachstellen im Landratsamt (Familien-, Inklusions-, Integrations- und Ehren-

amtsbeauftragte) haben die gleichen Zielsetzungen und könnten auch von diesen abgedeckt werden.

Die Projekte von GRASS21 konzentrierten sich die letzten Jahre nur auf den südlichen Landkreis, vor allem in der Verwaltungsgemeinschaft Aßling und der Stadt Grafing. Im nördlichen Landkreis dürfte GRASS21 unbekannt sein. Eigentlich sollen alle Gemeinden im Landkreis von diesen Fördermitteln profitieren.

Herr Robida teilt mit, dass bereits vor zwei Jahren auf diesen Missstand hingewiesen und trotzdem weiterhin keine landkreisweiten Projekte durch GRASS21 durchgeführt worden seien.

Der Landrat erteilt Herrn Aschauer das Wort, der es bedauert, dass so wenig Kommunikation stattfinde. Die Höhe der Fördermittel war ihm nicht bekannt, daher habe GRASS21 diese nicht ausgeschöpft. Der heutige Beschlussvorschlag über die Einstellung des Brennpunkttopfes sei ihm ebenfalls nicht bekannt gewesen. Er habe auch für das Jahr 2017 von anderen Gemeinden Projektanträge bekommen. Er hoffe, dass heute eine für alle zufriedenstellende Lösung zustande komme. Es sollten zumindest die Eigenprojekte gefördert werden, das wären 25.000 € für die Jahre 2017 – 2019.

KRin Renate Pfluger erklärt, dass die CSU-FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag voll zustimme, da in der Sachverhaltsdarlegung alles erklärt wurde und es rein um den Brennpunkttopf ginge. Dieser sei eine freiwillige Leistung und keine Pflichtaufgabe. Sollten sich wieder Brennpunkte ergeben, seien genügend Fachleute im Amt.

KR Uwe Peters fehle die Transparenz; er hätte gerne in der letzten JHA-Sitzung mehr Informationen über die Verwendung der Mittel gehabt. Er fragt an, ob es für GRASS21 dann noch Mittel gäbe, wenn der Brennpunkttopf eingestellt würde.

Herr Robida antwortet darauf, sollten sich wieder Brennpunkte ergeben, werde der Ausschuss informiert. Für den Antrag von GRASS21 sei der SFB-Ausschuss zuständig und dieser müsse über die Mittel befinden.

Frau Keller teilt dem Gremium mit, dass das Budget des SFB-Ausschusses 16 Mio. € betrage. Dort werde natürlich auch über die Verwendung der Mittel und den Stellenwert der Maßnahme diskutiert.

Der Landrat ergänzt, dass der SFB-Ausschuss das zuständige Gremium hierfür wäre.

Frau Ulrike Bittner sehe eine gewisse Problematik in der Gesamtheit des Beschlusses. Für sie gehe es hier um Jugendhilfeleistungen. Der Antrag sei bereits letztes Jahr im Jugendamt eingegangen und erst jetzt werde darüber beraten. Sie schlage einen Kompromiss vor, dass der Jugendhilfeausschuss die Eigenmittel für das Jahr 2017 heute genehmige und für die Jahre 2018 und 2019 solle der SFB-Ausschuss entscheiden.

Herr Salberg erklärt, dass der Antrag zwar auf den 28.10.2016 datiert, aber erst am 30.03.2017 per Fax im Jugendamt eingegangen sei und somit zu spät, um im letzten Jugendhilfeausschuss hätte behandelt werden können.

KR Martin Esterl sehe den Antrag ebenfalls mehr in der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses. Schwester Christophora habe mit ihm telefoniert und die Projekte von GRASS21

in der Jugendhilfeeinrichtung Zinneberg als hochwirksam bezeichnet. Herr Esterl schlägt vor, dass Herr Aschauer in der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechung einen Vortrag hält, um so GRASS21 in allen Gemeinden bekannt zu machen. Des Weiteren plädiere er für eine jährliche Berichterstattung über die Verwendung der Mittel.

Herr Robida merkt an, dass die Mittel über die Kreisumlage getragen würden.

KRin Martina Matjanowski plädiert für die Erhaltung und Pflege von präventiven Maßnahmen. Es dürfe zu keinem Stillstand kommen; daher solle bewusst abgewogen werden.

KR Dr. Wilfried Seidelmann könne sich vorstellen, dass eventuell auch mehr Mittel benötigt würden, wenn der gesamte Landkreis und nicht nur einige Gemeinden von den Projekten profitierten.

Anmerkung aus dem Gremium, es müsse nur über die im Antrag angegebenen 10.000 € (Gelder für Landkreisprojekte) für das Jahr 2017 abgestimmt werden, da für die 5.000 € (notwendige Eigenmittel) die jeweiligen Gemeinden aufkommen müssten.

Der Landrat fasst die Diskussionspunkte aus dem Gremium zusammen und schlägt einen Kompromiss vor.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend abgeändert und der Landrat lässt darüber abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der „Brennpunktetopf“ wird aufgelöst, da die ursprüngliche Zielsetzung nicht mehr existiert.**
- 2. Die Verwaltung wird in Kooperation mit den Gemeinden beauftragt, im Rahmen der Jugendhilfe- und Sozialplanung bei Kenntnis über die Entstehung neuer Brennpunkte den Jugendhilfeausschuss sofort zu informieren.**
- 3. Der Förderanteil für das Jahr 2017 in Höhe von 10.000 € wird bewilligt.**
- 4. Für die Jahre 2018 und 2019 ist dem zuständigen SFB-Ausschuss bis zu seiner Herbstsitzung 2017 ein landkreisweites Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.**
- 5. Das Projekt ist in der Bürgermeisterdienstversammlung vorzustellen.**



einstimmig angenommen

TOP 6	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 7	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

keine

TOP 8	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
-------	---

keine

TOP 9	Anfrage von KR Uwe Peters zu den Bauleitlinien der Kindertagesstätten
-------	---

Anfrage von KR Uwe Peters zu den Bauleitlinien der Kindertagesstätten und inwieweit Kompromisse bei Härtefällen möglich seien.

Herr Salberg erklärt, die Bauleitlinien sollen ein Hilfsmittel darstellen, um den Architekten und Trägern einen Überblick über die einzuhaltenden gesetzlichen Maßgaben zu geben. Wenn es im Einzelfall Abweichungen gebe, müsse die Gemeinde Kontakt mit der Kindertagesstätten-Fachaufsicht im Landratsamt aufnehmen.

Nachdem es keine weiteren Anfragen gibt, schließt der Landrat die Sitzung um 17:50 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.